



Unglaubliche Zwängerei aus dem Departement von Bundesrätin Sommaruga.

Deshalb ein klares NEIN zum Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration.

Schon am 26. September 2004 haben wir Stimmberechtigten mit rund 57 Prozent NEIN – Stimmen die erleichterte Einbürgerung abgelehnt. Nun kommt eine neue Vorlage aus dem Departement Sommaruga, die «nur» die bis 25-jährigen erleichtert einbürgern will. Es soll ein **einfacher Verwaltungsakt** werden, bei dem die Gemeinden, wo die betreffenden Personen leben, nichts mitzubestimmen haben. Doch gerade in den Gemeinden kennt man die einzubürgernde Person am besten, wenn etwas gegen diese fast automatische Einbürgerung spricht.

Pro Jahr werden heute schon über 40'000 Personen eingebürgert! Die erleichterte Einbürgerung ist unnötig! Wenn eine junge Person gut integriert ist und wirklich eingebürgert werden will, dann ist die Hürde nicht hoch. Darum soll für sie das «normale Einbürgerungsverfahren» gelten wie für jede andere Person. **Auch darf der Schweizer Pass nicht einfach so verschenkt werden.** Man sollte eher einen einheitlichen Einbürgerungstarif von etwa 2000.- Franken für alle Einbürgerungen festlegen.

Das Departement Sommaruga sollte wohl besser einen Gesetzesparagrafen ausarbeiten, bei dem Eingebürgerte, die kurz nach der Einbürgerung kriminelle Taten wie Drogenhandel, Raub und andere schwere Delikte verüben, den Schweizer Pass wieder abgeben müssten. - **Es gibt unglaubliche Beispiele, bei denen man von kriminellen Handlungen der Antragssteller wusste und ihnen wurde trotzdem das Schweizer Bürgerrecht erteilt.**

Deshalb ein einstimmiges, klares NEIN zur erleichterten Einbürgerung!



Unkontrolliert einbürgern?

NEIN

zur erleichterten Einbürgerung

Komitee gegen erleichterte Einbürgerung



JA zum NAF, dem Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr

Nach der Ablehnung unserer «Milchkuhinitiative» im Sommer 2016 kann es von uns nur **ein klares JA zu einem bitter nötigen Strassenfinanzierungsfond geben**. Die «bittere Pille» ist, dass der Benzinpreis um 4 Rp pro Liter erhöht wird. Die Bahn ist ja schon vor drei Jahren mit einem Eisenbahnfond und 62 Prozent Ja-Stimmenanteil bevorzugt worden, obwohl der Strassenverkehr insgesamt 80 Prozent des Verkehrsvolumens bewältigt. Eine Mehrheit der Ja-Stimmen kam ja sicher auch von uns Autofahrern.

Als «Dank» der Linken und Grünen – der «Autohasser-Parteien» SP und Grüne – ergriffen diese das Referendum gegen den NAF Bundesbeschluss. Im Nationalrat ist die Vorlage mit 146 Ja gegen 48 Nein Stimmen angenommen worden. Im Ständerat ist der NAV Bundesbeschluss mit 41 Ja gegen eine Nein Stimme und 2 Enthaltungen durchgekommen. 40 Prozent der Strasseneinnahmen fliessen weiterhin in die allgemeine Bundeskasse. Die Bahn deckt mit ihren Billett- Einnahmen nicht einmal die Hälfte der ganzen Betriebskosten. Der Strassenfond wird zwar weiterhin nur sehr knapp mit Geldmitteln versehen sein. Der «Luxus-Eisenbahn» hingegen wird alles reichhaltig vom Staat weiterhin finanziert. Die NAF Vorlage ist bei weitem «keine halbe Milchkuhinitiative», wie das SP und Grüne, der VCS Anti-Autoclub und andere Linke behaupten!

Diese Tatsachen anerkennen linke Autohasser nicht. Für sie gilt immer, je weniger Strassen gebaut werden umso besser.

Deshalb ein klares und einstimmiges JA zum Strassenfond NAF!

So fährt die Schweiz gut.





Unternehmenssteuerreformgesetz III – JA (Ja – aber)

Bei diesem Steuergesetz handelt es sich um eine Abstimmung nach klarem **Rechts - Links - Muster**. Bürgerliche Parteien sind dafür, linke Parteien dagegen.

Das Problem wie schon bei der Unternehmenssteuerreform II ist, dass wir seine effektiven Auswirkungen nicht wirklich kennen. Störend dabei ist, dass diese Gesetzesreform auf kommenden, ausländischen Druck hin ausgearbeitet wurde. Die Schweiz gewährte bisher vielen ausländischen Unternehmen einen extra tiefen Steuersatz, damit sie die Schweiz als Standort gewählt haben. Die Schweizer Unternehmen mussten meistens höhere Steuern bezahlen. Die kantonalen Unterschiede können und konnten sehr gross sein. – Gerech an dieser Steuerreform ist nun, dass die Schweizer Unternehmen gleich besteuert werden müssen, wie die Konzerne aus dem Ausland, die ihr Steuerdomizil in der Schweiz haben.

Es wird teilweise recht grosse Steuerausfälle geben, die nicht wirklich beziffert werden können. Dagegen sind naturgemäss alle linken Parteien, die meistens ja immer für Steuererhöhungen eintreten. Dagegen halten die bürgerlichen Parteien, dass es mehr Arbeitsplätze geben werde. Dies führe zu Mehreinnahmen und kompensiere die Steuerausfälle wiederum.

Wir als auto-partei.ch setzen uns für den Mittelstand und den Autofahrer ein. Was mir besonders fehlt, ist die Tatsache, dass nirgends festgehalten wird, dass es garantiert keine Steuererhöhungen für natürliche Personen geben darf! Wenn es beim Bund und den Kantonen Steuerausfälle gibt, dann will ich, dass diese nur bei der **Entwicklungshilfe und dem Asylwesen** kompensiert werden darf. Der Bund gibt heute effektiv schon **mehr als jeden 6. Steuerfranken**, also **über 10 Milliarden Franken pro Jahr** für die Entwicklungshilfe (3,2 Milliarden) und das Asylwesen (total 7 Milliarden) aus. Bei diesem ins Ausland verschenkte Geld müsste in jedem Fall Kürzungen stattfinden. – Dies wird leider wohl nie der Fall sein, was mir politisch völlig unverständlich ist. So begründe ich mein «Ja – Aber».

Arbeitsplätze sichern! Schweiz stärken!

12. Februar 2017



Steuerreform **Ja**

Herzliche Grüsse

Frank Karli, Präsident auto-partei.ch u. Kantonalpräsident Aargau